

# OFFEN RECHTSEXTREM: DIE AFD IN MÜNCHEN





Breiter Gegenprotest: Viele AfD-Versammlungen in München bleiben nicht unwiderrprochen. Hier protestieren zahlreiche Menschen im Januar 2025 gegen einen ihrer Informationsstände in Solln. Foto: firm

Die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ ist die größte extrem rechte Partei in Deutschland. Sie ist in vierzehn Landesparlamenten, dem Bundestag, dem EU-Parlament und vielen Kommunalparlamenten vertreten. Dort hat die AfD in den vergangenen Jahren Politik gegen alle Menschen gemacht, die für sie nicht gleichberechtigter Teil des „deutschen Volkes“ sind, Verschwörungserzählungen verbreitet und demokratische Parlamente als Bühne für ihre rechten Inszenierungen genutzt.

Auch in München hat die Partei seit ihrer Gründung 2013 Strukturen aufgebaut und verfügt aktuell über einen Ortsverband und vier Kreisverbände. Im Landkreis gibt es einen Kreisverband und zwei Ortsverbände. Seit den Kommunalwahlen 2020 sitzen drei AfDler\*innen im Münchner Stadtrat und 16 ihrer Vertreter\*innen in 13 Münchner Bezirksausschüssen. Im Bundestag machen vier AfDler\*innen mit Verbindungen nach München Politik, im bayerischen Landtag sind es drei. Über diese Mandate und die staatliche Parteienfinanzierung fließt viel Steuergeld in die Strukturen der Partei, die damit unter anderem Mitarbeitende, Büros, Kampagnen und Veranstaltungen bezahlt.

Die Münchner AfD ist wie der bayerische Landesverband fest in der Hand von Personen, die offen extrem rechts auftreten. Ihre innerparteilichen Gegner\*innen haben Funktionär\*innen wie der Scharfmacher und Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, oder der für seine geflüchtetenfeindliche Agitation bekannte Vorstandskollege im Münchner Westen, Markus Walbrunn, kaltgestellt. Widerspruch gegen eine offen extrem rechte Strategie gibt es innerhalb der bayerischen AfD im Jahr 2025 nicht - in München ist sie seit Jahren feste Linie der Partei.

# AUSGRENZUNG MIT ANGST



Im Februar 2025 versucht die AfD mit einer Kundgebung auf dem Königsplatz, den islamistischen Anschlag in München für ihre rassistische und muslim\*innenfeindliche Agitation auszunutzen. Foto: firm

öffentliche Sicherheit. Sieht man sich die Veröffentlichungen der Partei an, entsteht der Eindruck, dass in Deutschland Gewaltverbrechen alltäglich sind. Diese werden laut AfD vor allem von Migrant\*innen und Geflüchteten verübt, die sie im Internet gerne mit KI-Bildern als blutrünstige gewalttätige Schläger und Triebtäter darstellt. Der Münchner AfD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle redet von einer „Kriminalitäts-Explosion“ und schreibt in einem solchen Beitrag von gefährlicher Zuwanderung aus „kulturfremden Regionen“ und Migrant\*innen, die in „Parallelgesellschaften“ lebten, „umgeben von einem Hass“ gegen „die westliche Kultur“, gegen Juden, Christen, alternative Lebensentwürfe, allem Anschein sogar gegen Frauen und alles, was westlich ‚gelesen‘ wird“. Die angeblichen Missstände sollen der AfD als Argument dienen für ein hartes Vorgehen gegen die angeblichen Schuldigen: Geflüchtete sollen am besten gleich an den EU-Außengrenzen mit einer „Festung Europa“ abgewehrt werden. Dass jährlich tausende Schutzsuchende bei dem Versuch, nach Europa zu kommen getötet werden, nimmt sie in Kauf und behauptet fernab der Realität, dass die deutschen Grenzen „offen“ seien. Der AfD-Landtagsabgeordnete Rene Dierkes veröffentlichte im November 2023 ein Bild, das eine schwarze Familie vor einem Tisch voller

Die AfD macht in ihren Programmen den Bürger\*innen vor allen Dingen Angst.

Im Landtagswahlprogramm 2023 unter anderem vor einer „unsichere(n) Stromversorgung“, „kulturfremder Masseneinwanderung“, der „Bedrohung von Kunstschätzen in bayerischen Museen durch militante Extremisten und internationale Diebesbanden“, „No-Go-Areas“, „öffentlich-rechtlicher Propaganda“, „Gender-Propaganda“ einer „einseitige(n) Politisierung der Kunst“ in einer „geistig und kulturell erschütterte(n) Nation“ oder

der „Entmündigung von Landwirten und Verbrauchern durch immer mehr Verordnungen“.<sup>1</sup> Die Schreckensszenarien richten sich gegen bekannte Feindbilder der extremen Rechten: Migrant\*innen, Geflüchtete, Muslim\*innen, LGBTQI-Personen, Journalist\*innen und politische Gegner\*innen. Außerdem behauptet die AfD von sich, als einzige Partei für

<sup>1</sup> Dieses und alle folgenden Zitate stammen aus dem Landtagswahlprogramm der AfD Bayern 2023, sofern sie nicht anders gekennzeichnet sind.

„die Freiheit“ einzutreten, alle Anderen handeln angeblich „ideologisch“ – eine durchschaubare Strategie, um sich selbst aufzuwerten und zu verharmlosen. Sie unterstellt ihren Gegner\*innen sogar immer wieder „totalitär“ zu sein – und rechtfertigt damit auch den Einsatz starker Mittel im Kampf gegen diese angeblichen schlimmen Feinde.

## GEGEN GEFLÜCHTETE, MIGRANT\*INNEN UND MUSLIM\*INNEN

Die AfD malt tagtäglich drastische Schreckensszenarien mit Blick auf die

Geldscheinbündel zeigt. Dazu schrieb er „Schlaraffenland BRD, mehr Migranten als Deutsche im Bürgergeld“ und forderte unter anderem „keine Subvention für Untätigkeit“ sowie „endlich eine Regierung, die sich um ihr eigenes Volk kümmert“. Dierkes hetzte im gleichen Monat gegen „Zelt-Invasoren“, mit denen die Stadt „zugeschallert“ würde. Gemeint sind Geflüchtete, die trotz der winterlichen Temperaturen in Zelten übernachten müssen. Benjamin Nolte, einer seiner Kollegen im Maximilianeum behauptete im Januar 2025, dass ein „afroarabischer Mob“ Berlin an Sylvester „in Schutt und Asche gelegt“ habe und warnte im März vor einer „Afghanen-Invasion“. Sein Parteifreund, Berufsschullehrer Christian Unzner, scherzte 2023 auf AfD-Veranstaltungen darüber, einen seiner Schüler abschieben zu wollen. Bruno Fuchert, der die AfD im Bezirksausschuss Ramersdorf vertritt, klagt über die „Schleppung von Faulen/Schmarotzer Afrikanern“. Sinti und Roma, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 von dort nach München flüchteten, nannte AfD-Stadtrat Markus Walbrunn „angebliche Kriegsflüchtlinge“, klagte über deren „Anspruchshaltung“ und rief nach Grenzkontrollen. Sein Parteifreund Benjamin Nolte bezeichnet Flüchtlinge im Kirchenasyl, das er als „Verrat am eigenen Volk“ sieht, als „Kriminelle“. Im Münchner Stadtrat greift die AfD Geflüchteten-Unterstützer\*innen und Seenotrettungsinitiativen an und versucht, die Einrichtung neuer Unterkünfte zu verhindern. Parteivertreter\*innen stellen sich an Orten, an denen Unterkünfte eingerichtet werden sollen, mit einem Banner mit der Aufschrift „Hier entsteht eine Flüchtlingsunterkunft“ auf und versuchen, den Unmut der Bürger\*innen anzuheizen.

Geflüchtete, die es nach Deutschland geschafft haben, möchte die AfD schlechter stellen, also zum Beispiel nur noch mit Sachleistungen versorgen. Außerdem verlangen ihre Funktionär\*innen große angelegte Abschiebungen und sprechen im Duktus der extrem rechten „Identitären Bewegung“ von „Remigration“. Mit Vertreter\*innen dieser Gruppierung trafen sich AfD-Funktionär\*innen im November 2023 in Potsdam und Dasing bei Augsburg, um über Pläne für eine Vertreibung von Menschen zu beraten. Die AfD-Landtagsfraktion veröffentlichte danach ein eigenes Programm mit einem „Remigrationsplan“, ihre Funktionäre wie Benjamin Nolte fordern die Umsetzung dieser Vorhaben im Plenum. Für die AfD sind solche Maßnahmen Teil ihres Kampfes gegen das, was sie in rassistischer Manier die „kulturfremde Masseneinwanderung“ und „fortschreitende Islamisierung“ des Landes nennt.

Besonders im Fokus der AfD stehen Muslim\*innen: Die Partei behauptet, dass sie die deutsche Gesellschaft unterwandern würden, um das Grundgesetz mit archaischen Regeln zu ersetzen. Dabei schert sie alle Muslim\*innen über einen Kamm und rückt sie in die Nähe von Islamist\*innen. Die AfD-Stadträt\*innen bezeichnen etwa schon Muezzin-Rufe, Gebetsveranstaltungen und Beleuchtungen zum Lichterfest als eine „Tolerierung oder Förderung des Islamismus im öffentlichen Raum“. Der Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte schreibt im Mai 2025 im Zusammenhang mit Gewalttaten und Anschlägen: „Der Zusammenhang zwischen enormer Gewaltkriminalität und Muslimen ist nicht mehr zu leugnen und leider blutige Realität in Deutschland.“ Wenn es nach der AfD geht, soll die Möglichkeit

der Religionsausübung für Muslim\*innen in Bayern soweit wie irgendwie möglich einschränkt werden: das Tragen von Kopftüchern soll im öffentlichen Dienst, Kitas und Schulen verboten werden, ebenso wie Muezzinrufe zum Gebet. Bei Neubauten von Moscheen soll das Baurecht „streng ausgelegt“ werden, Steuergeldzahlungen an islamische Organisationen möchte die AfD gleich komplett einstellen. Kaum erstaunlich, dass Parteivertreter\*innen gegen Muslim\*innen hetzen: Bezirksausschussmitglied Thomas Baack wettet online gegen „muslimische Invasoren“, sein Kollege

Bruno Fuchert wittert eine „steuergeldbezahlte Islamisierung in der EU“ und eine „Islam-Weltherrschaft“. Benjamin Nolte erklärte im Wahlkampf 2018 in Lappersdorf: „Unsere bayerische Kultur ist nicht mit dem Islam vereinbar“ und setzte „den Islam“ mit Genitalverstümmelung, Burkas und Scharia gleich. Nolte weiter: „Wir werden unsere Heimat und unsere Kultur nicht kampfflos hergeben. (...) Ich will in Bayern keine schwarzgrün-versifftete Ökodiktatur und keinen islamischen Gottesstaat Saudi Bavarien mit einem Kalifen Machmut Söder an der Spitze!“



Die AfD entmenschlicht Migrant\*innen und Geflüchtete als „Asyl-Flut“. Foto: firm

# SOZIALPOLITIK FÜR WOHLHABENDE

Die sozialpolitischen Vorschläge der AfD sind deutlich geprägt durch rassistisches und neoliberales Gedankengut.

Mietendeckel und Mietpreisbremsen lehnt sie etwa als „sozialistisch“ ab, in ihren Forderungen spielt sie die Menschen, die sie für Deutsche hält, gegen Migrant\*innen und Geflüchtete aus. Sie versucht, Neid zu schüren, indem sie zum Beispiel behauptet, Senior\*innen und Kinder würden nicht versorgt, weil das Geld für die Unterbringung von Geflüchteten ausgegeben werde. Laut AfD werden deutsche Staatsbürger beim Zugang zu Wohnraum benachteiligt durch „Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt infolge staatlicher Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung“. Sie fordert daher unverhohlen eine staatliche Diskriminierung bei der Wohnraumvergabe: „Bei der Vergabe von Wohnheimplätzen sollten deutsche Studenten gegenüber ausländischen Kommilitonen Vorrang haben.“ In München versucht die AfD, Geflüchtete gegen andere Menschen auszuspielen und verlangt, mit Abschiebungen „mehr Wohnraum“ zu schaffen. Dafür schürt sie gerne Neid, so schrieb etwa Rene Dierkes im Mai 2025 über eine angebliche Übervorteilung Geflüchteter in Solln unter der Überschrift

„Für Asylanten nur Villen und Filetgrundstücke?“ Im April 2023 forderten AfD-Stadtrat Markus Walbrunn und seine Kolleg\*innen, allen Geflüchteten auf unbestimmte Zeit den Zuzug nach München zu verbieten. Aus der EU möchte die AfD austreten und darüber abstimmen lassen, ob Deutschland den Euro als Währung behält. Ökonom\*innen waren davor, dass ein Austritt der Bundesrepublik aus der EU und der gemeinsamen Währung für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und damit die gesamte Gesellschaft katastrophale Folgen hätte. Des Weiteren möchte die AfD eine ganze Reihe an Steuern senken oder ganz abschaffen – wie sie dies finanzieren will, erklärt sie nicht. Dieser Schritt würde vor allem Vermögende begünstigen, zum Beispiel durch die Abschaffung der Erbschaftsteuer, der Schenkungssteuer und der Grunderwerbssteuer. Eine Senkung der Einkommenssteuer für Besserverdienende und die Nichteinführung einer Vermögenssteuer hätten ähnliche Folgen. Arbeitnehmer\*innenrechte zum Beispiel für eine effektive Interessensvertretung in Betrieben möchte die AfD einschränken. Insgesamt profitieren also vor allem Reiche, wenn ihre Vorschläge umgesetzt würden.

# BILDUNGSPOLITIK DER AfD: AUSSORTIEREN IN DER SCHULE, MISSLIEBIGE FORSCHUNG VERHINDERN

Die AfD will eine leistungsorientierte Bildung mit sozialer Auslese.

Das vielgliedrige Schulsystem soll erhalten bleiben und am „Leistungsprinzip“ ausgerichtet werden. Der Anteil von Gymnasiast\*innen solle „auf ein sinnvolles Maß sinken“, weniger Menschen sollten studieren. Stattdessen möchte die AfD Ausbildungsberufe stärker fördern. Kinder, die nicht so gut Deutsch sprechen, möchte die AfD von anderen trennen. Sie sollen in eigenen Klassen unterrichtet werden, weil sonst Kinder, die gut Deutsch sprechen, keine gute Bildung bekämen. Schaut man genauer hin, wird aber schnell deutlich, worum es ihr eigentlich geht: Der Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Martin Böhm führte 2023 als „Begründung“ für die Trennung der Kinder an: „Weil immer wenn Sie zwei Flüssigkeiten zusammenschütten, dann erhalten Sie irgendwo eine Mischung.“ Die AfD verbreitet extrem rechte Falschbehauptungen über „Gender-Missbrauch“ und „Frühsexualisierung“ in Schulen und Kitas. Sie möchte besonders Eltern Angst machen mit Geschichten von einer erfundenen „Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen“. An den bayerischen Hochschulen wünscht sich die AfD „wieder mehr wissenschaftlichen Freigeist“, dazu

will aber ihre Wissenschaftsfeindlichkeit nicht passen: Klimaforschung, welche die AfD in ihrem Programm in Führungszeichen setzt, sei „ideologisiert“ und „politisiert“. Gender-Forschung, welche die AfD als „Gender-Ideologie“ bezeichnet, ist für sie „pseudowissenschaftlich“. Deren Lehrstühle möchte sie komplett schließen und damit einen ganzen Wissenschaftszweig einstampfen. Die Partei fordert außerdem, die Bildungsreform von Bologna 2004 rückgängig zu machen und Bachelor- und Masterstudiengänge wieder abzuschaffen.



AfD-Landtagswahlkampf 2023 in München: Mit Informationsständen versuchen Kandidat\*innen wie Christian Unzner (Vordergrund), ihre extrem rechten Positionen in die Bevölkerung zu tragen. Fotos: firm

# KEINE ANTWORT AUF DEN KLIMAWANDEL

Verschwörungserzählungen sind ein wichtiger Teil des AfD-Denkens. Ihr jüngstes Landtagswahlprogramm und ihre Funktionär\*innen wie Jurij Kofner und Petr Bystron wettern etwa gegen einen angeblichen „Great Reset“ und beziehen sich damit auf eine unwahre Verschwörungsgeschichte über einen angeblich geplanten Umbau der gesamten Welt durch böswillige globale Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung. Auch zum Klimawandel glaubt die AfD an Verschwörungserzählungen: Sie hält die eindeutige Forschungslage zur gefährlichen menschengemachten Erderhitzung für falsch und manipuliert und will daher keine Klimaschutzmaßnahmen. Ihre Vertreter\*innen wie Andreas Reuter aus dem Kreisverband München Nord, Benjamin Nolte oder Markus Walbrunn sprechen gerne von der Erderhitzung als einer „Klimahysterie“, „Klimapropaganda“ oder einer „Klimalüge“, AfD-Funktionär Thomas Baack teilt online Beiträge, die den Klimawandel bezweifeln und schreibt von „Ökofaschismus“. Selbst angesichts einer sich immer weiter erhitzen Erde behauptete die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm 2023: „Das Klima kann nicht von Deutschland oder Bayern aus verändert werden.“ Ein „politisches Machtkartell“ der demokratischen Parteien wolle vielmehr in Bayern eine „ökosozialistische Planwirtschaft“ errichten. Bestehende Klimaschutzmaßnahmen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz will sie abschaffen und den Ausbau er-

neuerbarer Energien einschränken: Die 10-H-Regel für Windkraftanlagen, die den Ausbau in Bayern massiv verzögert hat, möchte sie beibehalten, die Vorgaben für den Bau neuer Sonnen- und Windkraftanlagen möchte sie „so großzügig wie möglich auslegen“, weil sie Windenergieanlagen für einen „verhängnisvollen Irrweg“ hält. Einen CO<sub>2</sub>-Ausgleichsmechanismus möchte die AfD verhindern, ihre Vertreter\*innen wie Andreas Reuter fordern, die CO<sub>2</sub>-Besteuerung abzuschaffen.

**Statt erneuerbare Energien auszubauen, will die Partei alte und neue Atomkraftwerke weiterbetreiben und in Kernenergieforschung investieren.**

# VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN ALS GRUNDLAGE FÜR POLITIK?



Die AfD-Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte (links) und Rene Dierkes (rechts) auf einer Kundgebung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im November 2021. Foto: firm

Die Corona-Maßnahmen der Staatsregierung waren in den Augen der AfD „unverhältnismäßig“, sie stellt außerdem einen Zusammenhang zwischen Impfschäden und erhöhten Sterbezahlen her. Die Partei forderte in der Pandemie, die Impfungen auszusetzen,

obwohl diese weltweit Millionen Menschenleben gerettet haben. Für die AfD sind sie dagegen „genbasierte mRNA-Injektionen“. Die Partei ruft zusätzlich nach einem Ende der Masern-Impfpflicht. Gesundheitspolitik international vernetzt in Organisationen wie der



Links: AfD-Aktivist Andreas Reuter und die AfD-Stadträte Daniel Stanke und Markus Walbrunn auf einer Demonstration der Münchner Pandemielegner\*innenszene. Foto: firm

WHO und der EU zu machen, lehnt die AfD selbst nach einer globalen Pandemie ab und knüpft damit bei Pandemielegner\*innen an, zu deren Feindbild diese Organisationen zählen. Die AfD pflichtet ihnen bei: „Gesundheitsschutz muss eine nationale Aufgabe bleiben und darf nicht der WHO und der EU überlassen werden.“

**AfD-Vertreter\*innen werben um die Stimmen der verschwörungsideologischen Pandemielegner\*innenszene, die seit dem Ausbruch der Coronapandemie auch in München aktiv ist.**

AfD-Funktionäre beteiligen sich an deren Aktionen, verbreiten deren Falschbehauptungen über die Infektionsschutzmaßnahmen und setzen

sie in parlamentarische Initiativen um, wie zum Beispiel Markus Walbrunn im Münchner Stadtrat. Sein Parteikollege Christoph Rätcher brüstet sich im Internet mit seiner Teilnahme an Aufzügen der Szene, auch andere Funktionär\*innen wie Jitka Machyan, Markus Walbrunn und Benjamin Nolte liefen auf einschlägigen Demonstrationen gegen die Maßnahmen mit. Noch weiter geht die Einbindung in die Szene bei Andreas Reuter aus dem AfD-Kreisverband München Nord: Er spricht in der Coronapandemie nicht nur von einer „Herrschaft des Unrechts“ sondern saß lange Zeit im Vorstand der Pandemielegner\*innen-Organisation „Eltern stehen auf“ und war unter anderem als Redner seit Beginn der Pandemie an Aktionen der Szene be-

teiligt. Im Netz verbreitet Reuter Posts der Pandemielegner\*innenszene, darunter solche, die zur Bestrafung der Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen wie Impfungen aufrufen und wirbt für die Teilnahme an einschlägigen Demonstrationen, die er besucht. Wie die Pandemielegner\*innenszene, zu deren parlamentarischem Arm sich die AfD ab Mitte 2020 gemacht hat, fordert die Partei eine solche Abrechnung: „Eine juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung der rechtswidrigen Politik ist dringend erforderlich!“ Seit dem Ende der Pandemie haben sich die verschwörungsideologischen Aktivist\*innen von Gruppen wie „München steht auf“ neue Themen gesucht und treten etwa für russische Interessen im Krieg in der Ukraine ein. Auch in diesem Punkt folgt ihnen die bayerische AfD und ruft nach Zugeständnissen an das autoritäre Putin-Regime, trotz dessen Überfall auf die Ukraine. Bezirksvorstandsmitglied Christoph Rätcher teilte auf seinem Facebookprofil vier Monate nach dem Überfall 2022 Propagandavideos russischer Kampfbjets und Hubschrauber. Die Schuld für den Kriegsausbruch sehen AfD-Funktionär\*innen wie Petr Bystron nicht auf Seiten des Aggressor Russlands, sondern der NATO bzw. der USA.

**Im Sinne extrem rechter Verschwörungserzählungen von einem angeblichen „Austausch“ der Bevölkerung durch Migration fordert die AfD „mehr bayerische Kinder statt Massenmigration“.**

Eine „Umvolkung“ sieht Bezirksausschussmitglied Bruno Fuchert in Deutschland durch Migration im Gange – ein Konzept einer gezielten und gewaltvollen Veränderung der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung aus den 1920er-Jahren und dem Nationalsozialismus. Stadträtin Iris Wassill dozierte 2017 über die vermeintliche „Ideologie der Offenen Gesellschaft“: „Der Begriff offene Gesellschaft steht für grundgesetzwidrige Bestrebungen Deutschland als Staat abzuschaffen und die Bürger in eine völlig undefinierte, unsichere Zukunft zu schicken.“ „Dieses gesamte Netzwerk der Ideologie der ‚Offenen Gesellschaft‘“ sei „zu bekämpfen, zu verbieten“ so Wassill weiter in ihrer Präsentation. Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, klagt, dass „die Zurückdrängung der europäischen Völker überall auf Hochtouren läuft“ und führt die Verschwörungsgeschichte weiter aus: „Die Vertreter der Massenmigration wollen all jenes zerstören, um sich durch einen globalen Einheitsbrei effektivere Kontroll- und Machtausübungsmöglichkeiten zu verschaffen.“

# GEGEN GLEICHSTELLUNG UND VIELFALT



Andreas Reuter (links) und Christoph Rätcher (rechts) reden gegen eine Vorlesestunde von Drag-queens in Bogenhausen im Juni 2023 an. Foto: firm

**Eine Förderung von Menschen, die von sexistischer und/oder rassistischer Benachteiligung betroffen sind, lehnt die AfD ab.**

„Frauen- und Migranten-Quoten sind inakzeptabel und abzuschaffen.“ Die antifeministische Ausrichtung der AfD wird deutlich, wenn sie sich etwa dagegen ausspricht, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als Menschenrecht zu betrachten, wie es bei

anderen Teilen der medizinischen Versorgung längst der Fall ist. In ihrem Landtagswahlprogramm spricht die AfD Bayern von Gleichberechtigung, eine Gleichstellung von Männern und Frauen ist ihr aber ein Graus, denn die sei „leistungsfeindlich, ungerecht“ und eine „verfassungswidrige Diskriminierung“. Gegenderte Sprache, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt abbildet, will die AfD gleich ganz verbieten.

Die Münchner AfD macht Politik mit LGBTQI-Feindlichkeit. AfD-Stadtrat Markus Walbrunn bezeichnet die Regenbogenfahne als „Totalitarismus der Gegenwart“ und „Symbol einer linksradikalen Ideologie“, den Christopher-Street-Day als „jugendgefährdende PR-Show“ und „inszenierte(n) Obszönitäten“. Sein Kollege Benjamin Nolte zieht gegen „Genderwahn“ mit „Regenbogenkult“ zu Felde und meint damit einen wertschätzenden Umgang mit Trans-Personen. Einen Leitfaden, mit dem die Stadt München transfeindlicher Diskriminierung an Schulen begegnet, nennt der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle „ungeheuerlich“ und stellt gegen alle Fakten in Frage, dass es diese Benachteiligung überhaupt gibt. Gegen eine Drag-Vorlesestunde in der Stadtbibliothek Bogenhausen am 13. Juni 2023 organisierte die AfD extra eine Kundgebung, die sie mit Plakaten bewarb, welche an NS-Propaganda erinnern. Das Motiv zeigt ein verängstigt in die Kamera blickendes Kind, an das sich aus dem dunklen Bildhintergrund eine geschminkte Person mit Bart anschleicht und bedrohlich nach ihr greift. AfD-Funktionär Jurij

Kofner sprach auf der Bühne davon, Trans-Personen „Dämonen auszutreiben“, ihr Landtagsabgeordneter Jan Schiffers bezeichnete die Veranstaltung online als „Dreck“. Der Münchner AfD-Funktionär Christoph Rätcher beschimpfte die Vorlesestunde als „abscheuliche Regenbogenveranstaltung“ und behauptete, Kinder seien durch sie „in Gefahr“, weil versucht werde, „ihre Sexualität auf diese Art und Weise zu beeinflussen“. Er setzte nach mit der extrem rechten Verschwörungserzählung, dass eine vermeintliche „Genderideologie“ die „traditionelle Familie“ zerstören wolle. Mit diesen Bezügen zu angeblichem Kindesmissbrauch und einer vermeintlichen Abwehrsituation „begründen“ rechte Akteur\*innen gerne ihre LGBTQI-Feindlichkeit. Eine Familie besteht in den Augen der AfD „im Idealfall“ aus Vater, Mutter und Kindern, sie lehnt eine Gleichstellung von LGBTQI-Personen ab. Die AfD sieht sich als Kämpferin gegen „ideologische motivierte Versuche, die traditionelle Familie zu diskreditieren“, will den „Kult um ‚Regenbogenfamilien‘ eindämmen“ und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption verbieten.

# ANTISEMITISCHE TÖNE UND BRAUNE KONTINUITÄTEN



Netzwerke: Der Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost Rene Dierkes (links) an einem AfD-Stand vor dem Perlacher Einkaufszentrum im Januar 2025 zusammen mit dem Aktivisten Steve H. (rechts) vom extrem rechten Projekt „Castell Aurora“ (Steyregg). Foto: firm

**Neben der Agitation gegen queere Menschen, Migrant\*innen, Geflüchtete und Muslim\*innen ist in der AfD auch Antisemitismus sichtbar.**

So verwenden Vertreter\*innen der Münchner AfD wie Markus Walbrunn, Benjamin Nolte und Jurij Kofner die einschlägige Kategorie „Kulturmarxismus“. Das Wort bezieht sich auf den nationalsozialistischen Terminus „Kulturbolschewismus“, mit dem die Nationalsozialist\*innen behaupteten, dass „die Juden“ hinter dem Kommu-

nismus stünden. Walbrunns Parteikollege Thomas Baack benutzt in einem Online-Beitrag dann gleich das Original und bezeichnet einen Text als „kulturbolschewistischen Quatsch“. Die AfD distanziert sich immer wieder aus taktischen Gründen von der nationalsozialistischen Diktatur, weil sie weiß, dass offene Sympathien für das Regime in der Öffentlichkeit schlecht ankommen. Gleichzeitig verharmlosen ihre Vertreter\*innen die Schrecken der Nazi-Zeit, wenn sie behaupten, dass heute in Deutschland ähnliche Verhältnisse

herrschen. Die Parteivorsitzende Alice Weidel stellte zum Beispiel im Juli 2025 im Bundestag die Überlegungen über ein AfD-Parteiverbot in eine Reihe mit der NS-Politik. Mit ihrer Falschbehauptung, Adolf Hitler sei Sozialist und damit politisch links gewesen, versuchte Weidel in der Vergangenheit, die Schuld für den Massenmord der Nationalsozialist\*innen von der extremen Rechten hin zur Linken zu verschieben. Nationalsozialismus und Holocaust verharmlosen AfD-Vertreter\*innen wie Europaparlamentskandidat Petr Bystron immer wieder, indem sie diese mit den Infektionsschutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie oder ihrer eigenen vermeintlichen Verfolgung durch politische Gegner\*innen gleichsetzen. Wenn Bystron politische Gegner\*innen als „SA“ also die „Schutzstaffel“ der NSDAP beschimpft, beleidigt er nicht nur Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, sondern verharmlost den Terror, den die Nationalsozialist\*innen ausübten. AfD-Vertreter\*innen machen die Erinnerung an NS-Regime, Weltkrieg und deutschen Genozid als „Schuld-kult“ verächtlich. So rief die Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, in ihrer Rede auf dem Politischen Aschermittwoch 2024, dass „Sektierer“ ein „stabiles Volk“ nach dem Krieg mit „Schuldgefühlen“ „überschüttet“ hätten. Die AfD setzt der demokratischen Erinnerungskultur eigene Initiativen entgegen: So trafen sich etwa ihre Münchner Vertreter\*innen wie Tobias Teich 2025 an einem Gedenkstein auf dem Waldfriedhof und erinnerten an Menschen, die nach dem Kriegsende aus den ehemals deutschen und besetzten Gebieten flüchte-

ten. Die Opfer des Holocaust und die deutsche Verantwortung für Genozid und Weltkrieg spielten dabei keine Rolle. Für ihre Inszenierung hatten sich die AfDler\*innen ausgerechnet den 8. Mai, den Tag der Befreiung von der NS-Herrschaft ausgesucht.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, schreibt über den jüdischen Milliardär George Soros, dass „in den EU-Apparaten“ „von Soros auserwählte Vasallen“ säßen. Soros steht im Zentrum einer Unzahl antisemitischer Verschwörungserzählungen, die behaupten, dass reiche Juden wie er die Weltpolitik kontrollieren. Stadträtin Iris Wassill erwähnte den Investor in ihren Vorträgen über geheime „Machteliten“ und nannte ihn den „Feldherr(en) der ‚Offenen Gesellschaft‘“. Er gelte aufgrund seiner Spenden „quasi als Besitzer“ der demokratischen Partei in den USA, so Wassill weiter. Die USA hätten in vielen Ländern der Welt „Farbrevolutionen“ angestoßen: „Es ging George Soros dabei nie um die Einführung von Demokratie, sondern darum, zögerliche Länder unter die Kontrolle Washingtons zu stellen und zwar stets im Interesse einer einheitlichen globalisierten Welt, dominiert von Washington und der Wall Street.“ BA-Mitglied Bruno Fuchert veröffentlichte im März 2023 im Internet eine antisemitische Karikatur zur vermeintlichen Gehirnwäsche mit einer „deutschen Dauerschuld“ durch „politisch zwangsfinanzierte deutsche Staatssender“, die in Manier des nationalsozialistischen Hetzblattes „Der Stürmer“ einen verschlagenen Juden mit Hakennase zeigt.

# UNTER GLEICHGESINNTEN: DIE AFD IN RECHTEN NETZ- WERKEN



Extrem rechte Burschenschaftler posieren auf einer Kundgebung von AfD und Compact Magazin im Februar 2023 mit dem White-Power-Zeichen. Foto: firm

Die Münchner AfD solidarisierte sich mit der mittlerweile aufgelösten Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). Während andere Landesverbände sich zu ihr aufgrund ihres noch radikaleren Auftretens und ihrer Verbindungen zu anderen extrem rechten Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ spätestens

seit der Bekanntgabe ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf strategische Distanz begaben, traten bayerische Funktionär\*innen offensiv mit der „JA“ auf. So hielt etwa AfD-Kandidat Jurij Kofner eine Rede auf der Sommerakademie der „JA“ im August 2023, im Juni 2024 sprach MdL Benjamin

Nolte auf einer Konferenz der Gruppe. Zusammen mit seinem Parteifreund Markus Walbrunn stellte sich Nolte im Rahmen der LGBTQI-feindlichen Kampagne „Stolzmonat“, die unter anderem vom Kopf der „Identitären Bewegung“ ausgerufen wurde, mit einem Transparent der „JA“ in die Münchner Innenstadt. An dieser Kampagne beteiligen sich Münchner AfD-Vertreter\*innen seit Beginn jährlich und beziehen nationalistisch Position gegen die Sichtbarkeit von LGBTQI-Personen. Benjamin Nolte setzte sich mit einer eigenen Anfrage im Landtag und Internetposts für Martin Sellner ein und kritisierte mögliche staatliche Maßnahmen gegen den extrem rechten Aktivist, der maßgeblich für die internationale Verbreitung rassistischer Verschwörungserzählungen verantwortlich ist. Bevor er diese 2019 in einem blutigen Anschlag mit 51 Toten im neuseeländischen Christchurch in die Tat umsetzte, spendete der Attentäter Brandon T. an Sellner und tauschte sich mit ihm in E-Mails aus. Kein Grund für Rene Dierkes, sich nicht im Netz mit Sellner zu solidarisieren, in einer Rede im Landtag dessen Buch zu empfehlen, das Symbol der „IB“ zu zeigen und darüber zu höhnen, dass sich „das System“ aus Angst vor dem Aktivist „einnässe“. Stolz präsentierte auch Jurij Kofner im Januar 2024 Bilder von sich und dem Kopf der „Identitären“, bezeichnete die Bundesrepublik als „DDR 2.0“ und klagte, dass solche „freiheitsrechtlichen Patrioten“ als Verfassungsfeinde gälten. Der Europaparlamentsabgeordnete Petr Bystron fordert seit Jahren, dass die AfD solidarisch mit der „IB“ sein solle und sich als deren „Schutzschild“ verstehen müsse. Auf den Kundgebungen der AfD in München sind IB-Vertreter\*innen immer wieder präsent, so auch am 13.

Juni 2023 vor ihrem Versuch, den Veranstaltungssaal der Draglesung in der Stadtbibliothek zu stürmen. Am 8. Januar 2024 zeigten sich IB-Aktivist\*innen in regem Austausch mit den Teilnehmenden einer AfD-Kundgebung auf dem Max-Joseph-Platz - ebenso wie der ehemalige Stadtrat und NPD-Funktionär Karl Richter. Beiträge über Aktionen der „IB“ aber auch Beiträge von Vertreter\*innen einer unverhohlenen extrem rechten Parteilinie wie dem thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke und sogar Personen, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, wie Andreas Kalbitz, Matthias Helferich und Doris von Sayn-Wittgenstein, werden von Münchner AfD-Anhänger\*innen wie Dierkes geteilt. Im Rahmen des Wahlkampfinales in Peissenberg im September 2023 zelebrierte AfD-Kandidat Benjamin Nolte einen gemeinsamen Auftritt mit Höcke.

## Die Nähe der AfD zu anderen extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteur\*innen ist ebenfalls auffällig.

AfD-Funktionär Jurij Kofner war als Kandidat Gast in der Sendung des extrem rechten Schweizer Aktivist Ignaz Bearth und sprach davon, dass Deutschland besetzt und nicht souverän sei, wie es Reichsbürger\*innen tun. Kofner bespricht und präsentiert auf seinen Internetauftritten Bücher des einschlägigen Antaios-Verlages aus dem Netzwerk des extrem rechten Ideengebers Götz Kubitschek und bewirbt Szeneorganisationen wie die „GegenUni“. Im Juni 2023 war er zu Gast im Podcast von Martin Sellner, im Januar 2024 hielt er einen Vortrag bei der rechten Münchner Burschenschaft „Stauffia“. Mit Tobias Litzenberger ist

ein Mitglied dieser Burschenschaft als Schriftführer Teil des Vorstandes des Kreisverbandes München Land. Dort ist auch Tim Schulz aktiv, der sich an Aktionen der „Identitären Bewegung“ beteiligt und sich im Internet in deren Kleidung und mit einschlägigen Tätowierungen zeigt. Online verbreitet Schulz unter anderem neonazistische Inhalte wie einen Post der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“. Das sind anscheinend keine Gründe für seine Kreisvor-



Der ehemalige Stadtrat und NPD-Funktionär Karl Richter am Rand einer AfD-Kundgebung auf dem Max-Joseph-Platz am 8. Januar 2024. Foto: firm

sitzende Christina Specht, ihn aus dem Kreisverband auszuschließen und auch in München scheint Schulz wohlgefallen: Im März 2025 führte er gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes München Ost, Rene Dierkes, einen Informationsstand vor dem Perlacher Einkaufszentrum durch. Dierkes pflegt selbst eine derart ausgeprägte Nähe zu anderen extrem rechten Akteur\*innen, dass er mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Er ruft im Internet immer wieder zur Unterstützung einschlägiger Gruppen auf, nahm im Juli 2022 an einem Vortrag der Burschenschaft Danubia teil und organisierte im

Februar 2023 eine gemeinsame Kundgebung mit dem zeitweilig verbotenen verschwörungsideologischen „Compact“-Magazin auf dem Karl-Stützelplatz. Der Landtagsabgeordnete Benjamin Nolte ist als sogenannter „Alter Herr“ sogar selbst Mitglied der Danubia, tritt dort als Vortragsredner auf und setzt sich auch öffentlich für extrem rechte Gruppen wie die „Identitäre Bewegung“ ein.

AfD-Stadträtin Iris Wassill beantragte 2016 einen „Staatsangehörigkeitsausweis“ und ordnete sich dem „Königreich Bayern“ zu - ein für Reichsbürger\*innen typisches Vorgehen. Im Dezember 2023 verharmloste der AfD-Europaparlamentsabgeordnete Petr Bystron die Reichsbürgergruppe „Patriotische Union“, gegen die Ermittlungen wegen eines mutmaßlichen gewaltsamen Umsturzes laufen. Bystron bezeichnete die über 60 Verhafteten als eine „Handvoll Rentner“, von denen „keine ernsthafte Bedrohung“ ausgehe, obwohl bei Angehörigen der Gruppe Angriffspläne mit Feindeslisten, über 360 Schusswaffen und zehntausende Schuss Munition gefunden wurden. So wie Bystron ist die AfD insgesamt bemüht, rechten Terrorismus sowie rechte Gewalt und ihre Rolle darin, diesen den Weg zu bereiten, herunterzuspielen.

#### **Auf den Versammlungen der Pandemieleugner\*innenszene marschier(t)en AfD-Funktionär\*innen ebenso Seite an Seite mit rechten Burschenschaffern und Verschwörungsideolog\*innen.**

Die Materialien ihrer Kampagne gegen die Infektionsschutzmaßnahmen „Gesund ohne Zwang“ werden dort bis heute gezeigt. Funktionär\*innen wie Jitka Machyan und Rene Dierkes ver-

breiten online Beiträge extrem rechter Plattformen wie „Journalistenwatch“, „Unser Mitteleuropa“, „Compact“ oder „PI-News“. Auf solchen Seiten wird AfD-Werbung gezeigt, diese wiederum geben Inhalte der Partei wie Reden ihrer Funktionär\*innen an ihr Publikum weiter. Die AfD verharmlost sie als „alternative Medien“ und arbeitet mit ihnen zusammen. So berichtete das extrem rechte Magazin „Info-Direkt“ nicht nur von deren Politischem Aschermittwoch in Osterhofen 2024 sondern durfte im Dezember 2023 auf einer eigens für sie organisierten Veranstaltung der AfD im Landtag auftreten. Den Versuch der Partei, den islamistischen Anschlag in München im Februar 2025 mit einer Kundgebung politisch auszuschlachten, begleitete „Compact“, die größte deutschsprachige extrem rechten Verschwörungsideolog\*innen, wohlwollend. Im Februar 2023 hielt die AfD gemeinsam mit „Compact News“ eine Kundgebung auf dem Karl-Stützelplatz ab. Die Reden der AfD-Funktionär\*innen wie Benjamin Nolte, der sich gegen die Unterstützung für die Ukraine, das rechte Feindbild eines angeblichen „Globalismus“ und die vermeintliche „Corona-Diktatur“ ereiferte, waren ganz auf einer Linie mit Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer. Im Fall der extrem rechten Plattform „Deutschlandkurier“ sind mit Petr Bystron und Jurij Kofner zwei Münchner AfD-Vertreter gleich selbst mit der Erstellung von Inhalten beschäftigt. In ihrer Sprache zeigt die AfD ebenfalls ihre Nähe zu anderen Teilen der extremen Rechten: Rene Dierkes bezeichnet Gegendemonstrant\*innen etwa als „linke Zecken“, „ungewaschen“, „Ausgeburten der Hölle“, „Mischpoke“ und „rote Ratten“, die man „in ihre Löcher vertreiben werde“ - Ausdrücke wie sie Neonazis



Seite an Seite mit extrem rechten Verschwörungsideolog\*innen und Aktivisten: AfD-Funktionär\*innen auf der Bühne einer Veranstaltung von AfD und dem „Compact-Magazin“. Foto: firm

verwenden. Im August 2023 setzte er ein Kopfgeld für Informationen zu einer Gegendemonstrantin aus, die gegen einen AfD-Infostand protestiert hatte. Mit Anträgen und Anfragen nehmen die AfD-Stadträt\*innen ihr missliebige zivilgesellschaftliche Organisationen aufs Korn und versuchen, ihnen die Finanzierung zu entziehen. Kritische Journalist\*innen geht die AfD ebenso immer wieder an. Sie spricht ihnen oft die professionelle Neutralität ab und beschimpft sie als „linksextrem“. Markus Walbrunn behauptete im Mai 2023 etwa, dass die großen deutschen Medien nicht neutral berichteten, sondern „Politaktivisten“ seien, die das Ziel hätten „eine linksliberale grüne Ideologie durchzudrücken“. Im Juni sprach er von einem „linksextremen Geist“, der sich in der ARD „eingenistet“ habe. Diese Agitation gegen Journalist\*innen und die Bekämpfung politischer Gegner\*innen haben in der AfD einen hohen Stellenwert - genau wie in anderen Teilen der extremen Rechten.



Protest gegen einen AfD-Stand in Thalkirchen im Mai 2023. Foto: firm

Die Münchner AfD macht Politik mit Rassismus, Ausgrenzung und Verschwörungserzählungen. Sie macht Stimmung gegen alle, die sie zum Feindbild erklärt hat: Geflüchtete, Migrant\*innen, Muslim\*innen, politische Gegner\*innen, Journalist\*innen, LGBTQI-Personen. Ihre Sozialpolitik würde Sozialbenachteiligten schaden und die wirtschaftliche Spaltung in der Gesellschaft weiter verschärfen. Der von ihr angestrebte EU-Austritt hätte katastrophale Folgen. Auf wichtige politische Fragen wie den Umgang mit dem Klimawandel hat sie keine Antworten und will sogar Maßnahmen gegen die Erderhitzung verhindern und wieder einstellen. In ihren Positionen, ihrer politischen Themenwahl, ihren Kooperationen und ihren Versammlungen zeigt die AfD, dass sie Teil extrem rechter Netzwerke ist, die weit über die Partei hinausgehen und strategisch zusammenarbeiten, um die Bundesrepublik langfristig in ihrem Sinn zu verändern.

September 2025

V.i.S.d.P. Anne Wild

Feierwerk e. V.  
Fachinformationsstelle  
Rechtsextremismus München (firm)

Hansastraße 39-41  
81373 München

[firm@feierwerk.de](mailto:firm@feierwerk.de)  
[www.feierwerk.de/firm](http://www.feierwerk.de/firm)